



Auf der Suche nach dem Impfzentrum

KREIS HOLZMINDEN (bs). Im Landkreis hat die Suche nach einer Örtlichkeit für das Impfzentrum begonnen. ► SEITE: 15



Vier Jobcenter, ein Projekt

HOLZMINDEN (r). Vier Jobcenter haben sich zusammengeschlossen für ein Modellvorhaben. ► SEITE: 15

Bauarbeiten im Jahnstadion gehen bald weiter



KREIS HOLZMINDEN (ue). Es gibt gute Nachrichten für die Stadt Stadtoldendorf: Die Baumaßnahmen im Jahnstadion können schon bald weitergehen. Die Stadt bekommt einen Zuschuss von 110.000 Euro aus dem Förderprogramm „Investitionspaket zur Förderung von Sportstätten“, wie die beiden Landtagsabgeordneten Sabine Tippelt (SPD) und Uwe Schünemann (CDU) unisono berichteten. Nachdem der Kunstrasen im Stadion schon vor einiger Zeit erneuert wurde, können nun die Weitsprunganlage und die Laufbahn in Angriff genommen werden. Damit sind die Bauarbeiten im Stadion auch beendet. Insgesamt wird diese Maßnahme rund 184.000 Euro kosten. Das Jahnstadion ist das einzige Projekt im Landkreis, das aus diesem Topf gefördert wird. Foto: ue ► SEITE: 14

WETTER



HEUTE 9° | 8° **MORGEN** 11° | 6°

PANORAMA

Kannibalismus war wohl Sexualmord

BERLIN. Bei dem möglichen Fall von Kannibalismus in Berlin geht die Staatsanwaltschaft von einem Sexualmord aus niedrigen Beweggründen aus. Der mutmaßliche Täter, ein 41-Jähriger, hatte im Internet zu Kannibalismus recherchiert und sich auch auf einer Datingplattform bewegt. Das 44-jährige Opfer, ein Monteur im Hochleistungsbau, wurde seit der Nacht zum 6. September vermisst. Später wurden Knochen gefunden.

WIRTSCHAFT

Handel hofft auf den Black Friday

DÜSSELDORF. Angesichts der Corona-Krise haben die Verbraucher in diesem Jahr einer Umfrage zufolge weniger Interesse an den Rabatttagen Black Friday und Cybermonday. Nur noch die Hälfte der Verbraucher plant laut einer Umfrage, an den beiden Shoppingtagen Ende November einzukaufen. Der Handel rechnet trotzdem mit einem Umsatz von 5,7 Milliarden Euro – ein neuer Rekordwert.

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion: 05531/9304-31
redaktion@tah.de
Anzeigen: 05531/9304-40
anzeigen@tah.de
Aboservice: 05531/9304-38
vertrieb@tah.de
Zentrale: 05531/9304-0
info@tah.de
Anschrift: 37603 Holzminden
Zeppelinstraße 10



Kanzleramt will in der Pandemie weitere Beschränkungen

Wegen steigender Corona-Zahlen sollen die Schulen in den Blick genommen werden

VON EVA QUADBECK UND DANIELA VATES

BERLIN. In der grassierenden Corona-Pandemie hat sich Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) dafür ausgesprochen, beim nächsten Bund-Länder-Gipfel zur Corona-Krise weitere Beschränkungen zu beschließen und dabei vor allem die Schulen in den Blick zu nehmen.

„Was wir für den November beschlossen haben, hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun am Freitag dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Deswegen müssen wir sehen, wo wir weiter Kontakte reduzieren können.“ Es gelte vor allem, die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infek-

tion bei“, sagte Braun. „Vor allem in weiterführenden Schulen muss alles getan werden, um Abstandsregeln einzuhalten“, sagte er. „Darüber werden wir Mittwoch mit den Ministerpräsidenten sprechen.“

Braun schlug vor, ältere Schüler vermehrt zu Hause zu unterrichten und bei der Su-

che nach großen Unterrichts-räumen auch außerhalb der Schulgelände zu suchen. „In größeren Räumen lassen sich Abstandsregeln leichter einhalten. Wo es die in den Schulen nicht gibt, lässt sich in Bürgerhäuser und Kinosäle ausweichen. Ältere Schüler lieben sich ins Homeschooling

Zweite Corona-Welle in Frankreich ebbt ab

Frankreich hat nach Ansicht der nationalen Gesundheitsbehörde den Höhepunkt an Neuinfektionen in der aktuellen Phase der Corona-Pandemie bereits hinter sich. „Auch wenn die Indikatoren auf hohem Niveau bleiben, legt ihre Beobachtung nahe, dass der epidemiologische Spitzenwert der zweiten Welle überwunden wurde“, heißt es in einer Erklärung der Behörde vom Freitag. In der vergangenen Woche habe es einen Rückgang der posi-

tiven Tests um 40 Prozent gegeben. Auch in den Krankenhäusern und auf Intensivstationen wurden demnach weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen. Auch Premierminister Jean Castex sagte am Freitag, die Strategie beginne, Resultate zu zeigen. Er betonte, dass es weiterhin wichtig sei, sich an geltende Regeln zu halten. In dieser Woche hatte Frankreich die Grenze von zwei Millionen Infizierten überschritten.

schicken“, sagte Braun. Ausdrücklich betonte der Kanzleramtsminister, dass am Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100.000 Einwohner als Orientierungsmarke für eine Lockerung der aktuellen Beschränkungen weiter festgehalten werden solle. „Der bleibt unser Ziel“, sagte der CDU-Politiker.

Zugleich mahnte der Chef des Kanzleramtes die Bevölkerung zum Durchhalten. „Die Zahlen der verfügbaren Intensivbetten sinken. Die Todeszahlen steigen – auf derzeit 300 täglich“, so Braun. In der Schweiz seien mittlerweile alle Intensivbetten belegt. Dort werde nun abhängig vom Lebensalter und von Vorerkrankungen entschieden, wer vordringlich behandelt werde. „Es gibt einen breiten Konsens in der Gesellschaft, dass wir das vermeiden wollen“, betonte er.

Gibt es doch noch einen Brexit-Vertrag?

BRÜSSEL. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht wichtige Fortschritte in den Verhandlungen mit Großbritannien über einen Handelspakt für die Zeit nach dem Brexit. „Nach schwierigen Wochen mit sehr, sehr langsamen Fortschritten sehen wir jetzt mehr Fortschritt, mehr Bewegung bei wichtigen Punkten, das ist gut“, sagte von der Leyen am Freitag in Brüssel. Doch es herrsche großer Zeitdruck. „Es bleiben noch etliche Meter bis zur Ziellinie.“

Man strebe so schnell wie möglich eine Einigung an, sagte ein britischer Regierungssprecher. Premier Boris Johnson hatte aber auch oft betont, dass man auf einen „No Deal“ gut vorbereitet sei.

Das angestrebte Freihandelsabkommen soll am 1. Januar in Kraft treten. Weil ein Abkommen ratifiziert werden müsste, bleiben aber nur noch wenige Tage für eine Einigung. Im Europaparlament wird sogar eine Sondersitzung am 28. Dezember erwogen.

Werft läuft im Fall „Gorch Fock“ auf Grund

Unternehmen wollte noch 10,5 Millionen Euro für die Schiffssanierung vom Bund

VON FRIEDEMANN KOHLER

BREMEN. In einem millionenschweren Streit über Sanierungskosten des Segelschiffs „Gorch Fock“ hat das Landgericht Bremen alle Ansprüche einer Werft abgewiesen. Die Bredo-Dockgesellschaft in Bremerhaven hatte vom Bund 10,5 Millionen Euro für Arbeit und Material gefordert, sie geht mit dem Urteil vom Freitag leer aus. Auch eine Gegenklage des Bundes wurde abgewiesen.

Dirk Harms, Bredo-Geschäftsführer, sagte, man werde prüfen, ob das Unternehmen in Berufung gehe. Auf seiner Werft war von 2015 bis 2019 an dem Marineschiff gearbeitet worden. Der Bund vertrat vor Gericht die Auffassung, alle Rechnungen seien beim Generalauftragnehmer beglichen worden, der mittlerweile insolventen Elsfler Werft. Niemand zahle zweimal für eine Leistung.

Der Zivilprozess in Bremen ist ein Nebenstrang bei der

langwierigen und teuren Sanierung des 62 Jahre alten Dreimasters. Die Baukosten sind von geplant 10 Millionen Euro immer weiter gestiegen, bis die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen Deckel von 135 Millionen Euro festlegte.

Ein Subunternehmer trage das Risiko, wenn ein Hauptauftragnehmer insolvent werde, sagte Gerichtssprecher Gunnar Isenberg zu dem Urteil. Deshalb sei die Klage der Werft abgewiesen wor-

den. Auch die Gegenklage des Bundes sei nicht stichhaltig gewesen. Die Marine hatte 3,6 Millionen Euro Schadensersatz für Baupfusch auf der „Gorch Fock“ verlangt.

Seit Herbst 2019 hat nicht mehr die insolvente Werft in Elsfler den Auftrag, die „Gorch Fock“ zu sanieren, sondern die Lürssen-Werft in Bremen. Das Schiff soll Ende Mai 2021 fertig werden. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Sanierung läuft bei der Staatsanwaltschaft Osna-



In der Werft: die „Gorch Fock“. FOTO: MOHSEN ASSANIMOGHADDAM/DPA

brück weiter. Es geht um Betrug, Untreue und Korruption. Der Gesamtkomplex zählt mehr als 100 Einzelverfahren.